Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 51. | Mittwoch, den 2. März 1921. | 28. Jahrgang.

Die Verhandlungen in London.

Das Rätselraten ist nun zu Ende und damit die widerwärtigen ellenlangen **Kombinationen**, mit denen die Kapitalistenpresse täglich ihre Spalten füllte. Es gilt jetzt zu zeigen, was man mit dem deutschen Volke vorhat und was wir leisten können und wollen, um den Weg zu einer Gesundung der kranken Welt zu ebnen. Die deutschen Gegenvorschläge sind jetzt bekannt und man muß beim ersten Ueberprüfen sagen, daß sie das Menschenmöglichste zur Wiedergutmachung enthalten. Denn das müssen sich die Alliierten doch sagen: Lassen sie dem deutschen Volke nicht die Existenzmöglichkeit, dann laufen sie Gefahr, selbst durch Anwendung von Gewalt noch weniger zu bekommen. Dessen müssen wir allerdings gewärtig sein, daß sich die Sieger nicht so leicht eines Besseren überzeugen lassen werden, und daß sie gewillt sind, die berüchtigten **Sanktionen anzuwenden.** Es erscheint ausgeschlossen, daß sich Lloyd George mit einer kritischen Betrachtung der überreichten Gegenvorschläge begnügt. Wenn nicht alle Mutmaßungen trügen, muß man sogar auf eine kritiklose **Ablehnung** gefaßt sein. Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im Unterhause, man kann sicher sein, daß di ealliierten Regierungen **alle geeigneten Maßnahmen ergreifen,** um sich eine **genaue Rechenschaft über die Finanzlage Deutschlands** zu verschaffen. Bezüglich der Strafmaßnahmen bestehen zurzeit noch zwischen Frankreich und England Meinungsverschiedenheiten.

Die **Strafmaßnahmen** kennen wir bereits von anderen Konferenzen her: **Besetzung des Ruhrgebiets und der Städte Frankfurt, München, Mannheim,** kompensiert mit einer **Flottendemonstration vor Hamburg** sollen die Absichten sein, die nach Presseäußerungen bereits am Montag von Lloyd George und General Foch erörtert wurden. Auch die Durchführbarkeit eines rheinischen Zollsystems soll besprochen worden sein. Die Bevölkerung aber tut gut, den augenblicklichen Demonstrationen der Ententemächte mit äußerster Nüchternheit gegenüberzustehen. Noch sind nicht alle Wege zur Verständigung geschlossen, und es bleibt zu hoffen, daß falls Lloyd George die Gegenvorschläge als unannehmbar bezeichnet, die deutsche Delegation neue Wege zeigen wird, die hoffentlich zur Verständigung führen werden.

*

Die erste Sitzung.

WTB. London, 1. März. Heute vormittag 11½ Uhr fand im Lancaster House die erste Vollsitzung der Konferenz statt, an der außer der deutschen die englische, französische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahmen. Von der deutschen Delegation waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, Ministerialdirektoren v. Simson und v. Le Suire, sowie Staatssekretär Lewald anwesend, ferner Botschafter Sthamer. Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die **Reparationsfrage** zu besprechen. Dr. Simons willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber enthalten die beiden Denkschriften, die er der Konferenz überreichte. Simons gab sodann einen Ueberblick über die deutschen Gegenvorschläge. Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß **die deutschen Gegenvorschläge auf gänzliche Verkennung der Bedürfnisse der Lage beruhten.** Die Alliierten würden aber **unter sich beraten** und morgen ihre Antwort geben. Hierauf wurde die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

*

Die deutschen Gegenvorschläge

haben folgenden Wortlaut: Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 sind, wie in den überreichten Denkschriften angeführt, **wirtschaftlich unerfüllbar.** Deutschland ist jedoch bereit, bei seinen Gegenvorschlägen bis an die **Grenze der Möglichkeiten** zu gehen, die sich bieten würden, wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich bessern wird. In dieser Hoffnung hält die deutsche Regierung die Aufstellung eines Zahlungsplanes auf folgender Grundlage für möglich:

a) Der Jetztwert der von alliierter Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Annuitäten mit 8 Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Eine ähnliche Ziffer ist auch in den Aeußerungen der alliierten Presse wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie auf Reparationskonto gutzuschreiben sind, in Anrechnung zu bringen. Ein geringerer Abzug für die Vorleistungen würde auch die Gesamtzahlungsbedingungen, welche über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verständigerweise erwartet werden kann, erleichtern. Es wäre zweckmäßiger, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den genauen Wert der Vorleistungen baldmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von dem obengenannten Jetztwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege einer internationalen Anleihe beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den gesamten Betrag oder auch nur den größten Teil desselben in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teilmobilisierung anzustreben sein. Zu diesem Zwecke **schlägt Deutschland vor,** eine **Anleihe** in möglichst großem Umfange, etwa bis zu **8 Milliarden Goldmark** auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden und die Tilgung mit 1 bis 1½ Prozent nach 5 Jahren einsetzen. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten gewähren. Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für **die nächsten fünf Jahre** die Zahlung einer Annuität von **je einer Milliarde Goldmark.** Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sogleich durch die internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt wird, wird mit 5 Prozent verzinst. Gegen diese Zinsen kommen bis zum 1. Mai 1926 die **oben** erwähnten Annuitäten von je 1 Milliarde Goldmark in Anrechnung. Der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1927 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben vorbehalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege der internationalen Anleihe ausgegeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene **12prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr** eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bezweckt. Der Grundgedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß die vorstehenden Vorschläge sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen.

c) Alle **noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands** aus Teil 8 Abschnitt 1 nebst Anlagen und Teil 9 des Vertrages von Versailles sind **als abgegolten anzusehen.** Das gleiche gilt von der Hergabe des **Erlöses für zerstörtes Kriegsgerät** (Art. 169) und von der sich aus Teil 10 ergebenden Verpflichtung Deutschlands, die **Liquidation und Zurückbehaltung des in den alliierten Ländern befindlichen Privatvermögens zu dulden.** Unberührt bleibt die Verpflichtung Deutschlands zur Restitution aus Artikel 238 b. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Voraussetzung des Artikels 431 des Vertrages von Versailles als eingetreten gilt, sobald der gesamte zu a) festgesetzte Betrag gezahlt ist.

Voraussetzung für die verschiedenen vorstehenden Vorschläge ist a) daß die **Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ausfällt** und demgemäß **Oberschlesien bei Deutschland belassen** wird, b) daß die **Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs** beseitigt und das System **wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.**

*

Der deutschen Note sind zwei Denkschriften beigegeben. Sie enthalten: 1. Bemerkungen zu der Denkschrift der Alliierten über den **Haushalt des Deutschen Reiches** und 2. **die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse.** Aus den letzteren seien folgende besonders interessante Feststellungen hervorgehoben: Die von der Entente geforderten Annuitäten belasten Deutschland mit **1000 Mk. Steuer auf den Kopf der Bevölkerung** und steigern die Steuerbelastung pro Kopf nach der Berechnung der Alliierten auf **1539 Mk.** gegenüber 390 Papierfranken in Frankreich. Die Zahlungen, die man von uns fordert, sind nur möglich durch Ueberschüsse aus der Ausfuhr. Zurzeit ist unsere Handelsbilanz mit 2½ Milliarden Mark, unsere Zahlungsbilanz mit 1½ Milliarden, beide zusammen also mit 4 Milliarden passiv, die zunächst zu decken wären. Ersparnisse durch Beschränkung der Einfuhr von Luxusgütern sind nur möglich in der Höhe von ¾ Milliarden. Ersparnisse in der Nahrungsmitteleinfuhr und in der Einfuhr von industriellen Produkten sind ausgeschlossen. Um die 4 Milliarden Unterbilanz auszugleichen, müßte die deutsche Ausfuhr auf dreißig Milliarden Goldmark und bei Aufrechterhaltung des 12prozentigen Ausfuhrzolles auf 40 Milliarden Goldmark gesteigert werden. Das ist doppelt so viel, als die englische Ausfuhr 1920 betrug und das ist 40 Prozent der sich auf 100 Milliarden belaufenden Weltausfuhr. Eine solche Leistung wäre für Deutschland bei seinem Arbeiterstand nur möglich, wenn die Arbeitszeit auf **14 Stunden täglich** erhöht würde.

*

Die erste Absage.

Die Situation muß nach der ersten Sitzung als sehr ernst angesehen werden. Lloyd George ersuchte Simons zum Schluß, seine Vorschläge schriftlich zu übergeben, setzte aber hinzu, daß nach seiner Ansicht sie ein gänzliches Mißverständnis der Situation zeigten, und daß sie **nicht einmal die Grundlage böten für eine Prüfung und Diskussion.**

Steuerdebatte im Reichstage.

Blitzartig beleuchtet wurden die Gegensätze, die sich in der Dienstag-Sitzung des Reichstages zwischen den Parteien von links und rechts entluden, die tiefe Kluft der Klassengegensätze, die unser Volk in die „zwei Nationen“ scheidet, die es auch in allen anderen kapitalistischen Ländern gibt: **die Besitzenden und die Besitzlosen.** Nie wird diese Kluft sichtbarer als bei Erörterungen der **Steuerfrage.** Es wird von den Parteien der besitzenden Klasse daher der deutschen Sozialdemokratie so verübelt, daß sie gerade angesichts der Londoner Konferenz schonungslos den Schleier der sogenannten „Einheitsfront“ zerriß und ausgesprochen hat, was ist, nämlich, daß die besitzenden Klassen Deutschlands jetzt, wo es gilt, den ungeheuren Schaden des Krieges wieder gutzumachen, darauf ausgehen, **sich selbst für zahlungsunfähig zu erklären,** dafür aber den Regierungen in Frankreich und England den Gedanken einflößen, daß **das deutsche Volk noch unermessene Summen an indirekten und Verbrauchssteuern aufbringen könne.** Es war unser Genosse Keil, der diesen neuesten Skandal zur Sprache brachte, indem er nachwies, daß der deutsche Staatssekretär Schröder auf der **Brüsseler Konferenz derartige Vorschläge gemacht hat.** Da dieser Staatssekretär, der jetzt unbegreiflicherweise auch wieder mit nach London geschickt ist, dem **deutschnationalen** Parteilager angehört, nahm sich Helfferich seiner an, der es auch fertig brachte, in der Steuerhinterziehungssache seines Freundes **van den Kerkhoff ein freisprechendes Urteil,** das die **deutschnationale** Partei gefällt hat, noch bevor die Untersuchung gegen ihn abgeschlossen ist, zu verlesen. Es versteht sich, daß die ganze ungeheure Dreistigkeit des Auftretens Helfferichs im Hause Stürme der Entrüstung hervorrief. Mit der ihm eigenen Unverfrorenheit hatte Hilfferich gemeint, daß der Finanzminister ihm beispringen werde. Der ließ ihn aber glatt fallen mit der trockenen Bemerkung, so dumm, wie man ihn auf der anderen Seite des Hauses halte, sei er denn doch nicht. Unsere Redner und die Unabhängigen gaben deutlich zu verstehen, daß sich die arbeitende Bevölkerung gegen eine erneute Belastung mit geschlossener Front erheben wird. Sie fordert **endliche Heranziehung der hauptsächlich bei den Deutschnationalen sitzenden Steuerdrückeberger.**

*

72. Sitzung.

Berlin, den 1. März, nachm. 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Als Giebel (Soz.) eine Anfrage über die Bildung von Gesamtbetriebsräten beim Reichsfinanzministerium verlesen will, ergibt sich, daß kein Regierungsvertreter zur Beantwortung anwesend ist.

Reichsfinanzministerium.

Die Aussprache über den Haushalt des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Keil (Soz.): Dr. Helfferich hat nicht, wie wir erwarteten, sich zu Beginn der Debatte zum Fall van den Kerkhoff geäußert, obwohl wir dem Kämpfer für die gute Moral dieses Vorzugsrecht gern eingeräumt hätten. So wird Herr van der Kerkhoff erst nach mir seinen Helfferich finden. Der Redner verlangt vom Minister Auskunft und Aufklärung über den Punkt, ob die für die Ausführung der Friedensbestimmungen in den Etat eingesetzten Mittel höher seien, als im Friedensvertrage vorgesehen sei. Wir müssen uns über die Steuergesetzgebung der Entente ein klares Bild verschaffen, um in einzelnen Fällen hier gute Ratschläge zu finden. Wunderbar sei, daß ein Staatssekretär unsere Steuerkraft in Brüssel noch nicht für erschöpft bezeichnet habe. Das sei politisch würdelos und materiell unrichtig. Staatssekretär Schröder habe die Entente damit gegen uns aufgehetzt. Wisse dieser Staatssekretär nicht, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes empört sei über das Versagen der deutschen Kriegssteuern, daß 10—12 Milliarden von Schiebern in Kisten und Kasten versteckt liegen. Ueber die Not der deutschen Arbeiterschaft, über an Tuberkulose massenhaft sterbende Kinder, habe der Staatssekretär Schröder kein Wort gesagt. Wenn die bürgerlichen Parteien glaubten, wie Graf Westarp es als Vorbedingung einer bürgerlichen Einigung anregte, einen Steuerblock bilden zu können und auf dem Wege der indirekten Besteuerung die Arbeiter und Mensch zu belasten, dann werde das Bürgertum eine ge-

schlossene Arbeiterfront gegen sich finden. Der Kampf der Rechtsparteien gegen Besitzsteuer sei schuld am Niedergange der Steuermoral. Ein grelles Schlaglicht auf die Steuermoral dieser Kreise wirft der Fall van den Kerkhoff. Die Deutschnationalen stellten zu Anfang dieser Session einen Antrag auf Aussetzung aller Strafverfahren gegen van den Kerkhoff, der einmütig angenommen wurde. Kerkhoff und seine Fraktion hätten nicht wie Erzberger das Bedürfnis, die Immunität aufzuheben. Und dann hatte van den Kerkhoff nichts Eiligeres zu tun, als unter dem Schutz der Immunität die Siegel von seinem Geldschrank strafbarerweise zu entfernen. (Hört, hört!) Van den Kerkhoff hat die Aufklärung planmäßig verhindert. Er entfernte die Siegel, verweigerte die wichtigsten Auskünfte und machte sich die Diebstähle an den entscheidenden Akten zunutze. Dann ließ er sich von dem Finanzamt Vohwinkel ein gefälschtes Ehrenzeugnis ausstellen. (Zuruf Helfferich (DN.): Wer hat gefälscht?) Das wollen wir gerade wissen! Ich frage hiermit den Finanzminister, wie der Vorstand des Finanzamtes Vohwinkel zu der Ausstellung dieses gefälschten Ehrenzeugnisses gekommen ist. Die ganzen Schiebungen und Bestechungen sind in diesem Falle schon vor der Revolution passiert, zur Zeit der glorreichen Aera Helfferich, und die Bestechungsgelder sind gezahlt an kaiserliche Beamte und kaiserliche Offiziere. Wegen des Siegelbruchs muß der Staatsanwalt doch einmal ein Verfahren beantragen; denn diese gemeinen Vergehen hat van den Kerkhoff erst nach der Versagung der Genehmigung durch den Reichstag begangen. Ich frage auch den Finanzminister, was es mit dem Fall der Firma Wagner auf sich hat? Herr Wagner, der van den Kerkhoff nicht ganz fern steht, ist ebenfalls in ein Verfahren wegen großer Steuerhinterziehungen verwickelt. Weiter frage ich, was mit Steuerbeamten geschieht, die sich zu Tische laden lassen von Steuerpflichtigen, deren Steuererklärungen [illegible] waren. Wie löst sich das Rätsel, daß viele Industrie-Könige trotz Reichsnotopfer und anderer Besitzsteuern ein vielfach größeres Vermögen besitzen als vor dem Kriege? Ist es richtig, daß Herr Stinnes sich weigert, seine eigene Steuererklärung zu unterschreiben? Man sollte bei uns die Steuererklärungen der Leute von einer gewissen hohen Einkommensteuerstufe an zur öffentlichen Einsicht auslegen. (Sehr richtig!) Besonders die Kundschaft des Schieberkartharies Graßer sollte samt den hinterzogenen Steuerbeträgen mit Namensnennung öffentlich bekannt gemacht werden. Herr Helfferich sowie die „Deutsche Tageszeitung" und die „Deutsche Zeitung" müßten dieses Verlangen eigentlich unterstützen, da sie es waren, die feierlich verkündeten, daß kein Mitglied des Hohenzollernhauses in irgendwelchen finanziellen Beziehungen zu Graßer stände. Herr Abg. Kahl wird sicher auch dafür sein. (Abg. Kahl (DV.) nickt.) Wir werden also gemeinsam diesen Antrag stellen. (Abg. Kahl: Sehr gut!) [illegible]

Abg. Dr. Helfferich (DN.): Zum Fall van den Kerkhoff habe ich namens meiner Fraktion zu erklären, [illegible]

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Fälle Erzberger und van den Kerkhoff [illegible]

Abg. Dr. Herz (USP.) [illegible]

Reichsfinanzminister Wirth: [illegible]

[illegible]

Abg. Schulz-Bromberg (DN.): Der Fall Kerkhoff wurde seinerzeit hier erörtert, als der Uebergriff des Staatsanwalts zur Sprache kam. Alle Parteien waren sich in der Verurteilung dieses Uebergriffes einig.

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

Es wird eine Reihe von Paragraphen angenommen.

Zu § 4 begründet Abg. Giebel (SD.) den Antrag seiner Partei wegen der Beamtenentlassungen. Daß überflüssige Beamte nicht länger im Dienst bleiben können, ist klar, es muß aber genau nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen werden.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, soweit er sich gegen die Entlassung von Angestellten ausspricht. Der zweite Teil, der für die Aufstellung eine Reihe Forderungen nach sozialen Grundsätzen verlangt, wird angenommen.

Der Rest des Haushalts des Finanzministers wird genehmigt, ebenso der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung für Wasserstraßen.

Morgen mittag 1 Uhr Postgebühren, kleine Anfragen und Entlastung der Gerichte.

Protest gegen die Pariser Beschlüsse.

Die Unabhängigen veranstalteten in München drei Versammlungen, in denen englische und französische Sozialistenführer, die vom Wiener Sozialistenkongreß zurückgekehrt waren, sprachen, darunter die bekannten Franzosen Longuet und Mistral. Longuet erklärte, daß die Pariser Bedingungen die Versklavung der deutschen Arbeiter bedeuten und daß die französischen Genossen mit aller Kraft dagegen auftreten werden, daß die französische Regierung diese Forderungen verwirkliche. Der Engländer Riley erklärte, er begreife jetzt, was es heiße, wenn Tausende von Müttern ihre Kinder hungern und dahinsterben sehen müssen. Die englischen Genossen würden alles tun, damit die Pariser Beschlüsse und der Friedensvertrag von Versailles vernichtet werden.

Einmarschdrohung nach Bayern.

„Daily Chronicle" erfährt aus Kreisen der Londoner Konferenzteilnehmer: Lloyd George und Briand haben nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Marschalls Foch grundsätzlich beschlossen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß als letzter Termin für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen der 1. April gestellt wird. Sollte sich die bayerische Regierung weigern, die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisation bis zu diesem Termin durchzuführen, so würde unmittelbar der Einmarsch alliierter Truppen in Bayern erfolgen.

Wiener Sozialistenkonferenz.

Mistral (Frankreich) referierte über den Kampf gegen die Gegenrevolution. Eine von der Kommission vorgeschlagene Resolution verlangt die Internationalisierung der Kriegsschulden und Teilnahme vom Kriege weniger heimgesuchten oder von ihm verschont gebliebenen Länder an der Reparation. Sie verweist auf die Gefahr eines neuen blutigen Zusammenstoßes infolge der unerfüllbaren Forderungen des Ententeimperialismus. Er spricht sich weiter für die Entwaffnung der militärischen Organisationen aus (wie Orgesch usw.), der aber eine allgemeine Abrüstung in allen Ländern folgen müsse. Schließlich fordert sie die sozialistischen Parteien auf, Versammlungen und Kundgebungen zu veranstalten gegen den Militarismus, für eine allgemeine Revision der Friedensverträge und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Diese Kundgebungen sollen am 18. März und 1. Mai stattfinden. Hilferding-Berlin [illegible] die Resolution. Die Verwirklichung der Pariser Beschlüsse werde die Krise, die in der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland und im englischen Bergbau und anderwärts sich zeige, ungemein verschärfen. Wenn die Londoner Konferenz scheitere und Europa aufs neue in Flammen gestürzt werde, dann müsse das zusammenstürzende Europa den revolutionären Sozialismus [illegible] finden. [illegible] (Frankreich) und Hudson (England, Manchester) verurteilen gleichfalls die Pariser Beschlüsse. Letzterer erklärte, die englischen Arbeiter seien nicht mehr geneigt, [illegible] Beiträge zuzulassen und forderten die französischen Delegierten auf, Widerstand zu leisten, da man auf Kosten der Unterdrückung eines ganzen Volkes niemals zur Reparation gelangen könne. Dr. Otto Bauer (Wien) erörterte die Verhältnisse in dem der Entente ausgelieferten Deutsch-Oesterreich und sprach die Hoffnung aus, daß die sozialistischen Parteien der anderen Länder, falls die Entente mit militärischen Machtmitteln Deutsch-Oesterreich entgegentreten, dem Lande helfen werden. Der Redner appellierte besonders an die französischen Delegierten, sich [illegible] auf die Seite des Auslandes gegen den Imperialismus des eigenen Landes zu stellen. Longuet (Frankreich) erklärte, es sei die Aufgabe der französischen Arbeiterklasse, sich gegen jene Hetze zu wenden, die jetzt in Frankreich die Oberhand gewonnen haben. Das österreichische Volk könne nicht leben unter der Herrschaft eines so schmachvollen Friedensvertrages, wie es der von St. Germain sei, ohne Lebensmittel, ohne Kohle und ohne Kaufkraft. Wenn die Entente hier nicht eine andere Lösung durchführe, dann könne niemand das österreichische Volk verhindern, sich an Deutschland anzuschließen. (Lebhafter Beifall.) Renaudel (Frankreich) erklärte dagegen, die französischen Genossen dürften das nationale Problem nicht vergessen. Die Bevölkerung Frankreichs befürchte eine neue Invasion. Das französische Volk sei nicht [illegible]. Die französischen Sozialisten würden aber von der Mehrheit der Bevölkerung nicht ganz verstanden. Im übrigen sei er mit einer Revision des Friedensvertrages einverstanden. Dr. Bauer (Wien) dankte Longuet im Namen der Wiener Arbeiterschaft und trat den Ausführungen Renaudels entgegen. Wallhead (England) wandte sich gegen den britischen Imperialismus und bezeichnete den Völkerbund als eine kapitalistische Organisation, die nicht imstande ist, den Frieden zu führen. Hierauf beendete die Konferenz ihre Arbeit. In das Exekutivkomitee für die internationale Arbeitsgemeinschaft wurden für Deutschland Crispien und Ledebour gewählt. Die [illegible] Resolutionen wurden angenommen. Zum Schluß erklärte Ledebour, die Hauptsache der Konferenz sei durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft gelungen. Schöne Resolutionen allein können nicht helfen, sondern nur die revolutionäre Tat.

Das neue Reichsmietengesetz.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat trat in die Erörterung des Reichsmietengesetzes ein. Der erste Abschnitt ist überschrieben „Gesetzliche Miete". Die Abstimmung über den § 1 ergibt [illegible] und die Annahme eines Antrages [illegible] Absatz 4 den Zusatz aufzunehmen: Die oberste Landesbehörde ist berechtigt, [illegible] zu lassen.

Abschnitt 2 enthält die Bestimmungen über die Berechnung der gesetzlichen Miete. § 2 legt die Friedensmiete [illegible] 1. Juli 1914. [illegible] abzurechnen. Als solche Sonderleistungen bezeichnet der Regierungsentwurf Sammelheizung und Warmwasserversorgung. Der Vorschlag des Reichswirtschaftsrats fügt noch Spiegelglasversicherung hinzu. § 2 wird in der vorgeschlagenen Ausschußfassung angenommen. § 6 bestimmt, daß auf Verlangen eines Mieters der Vermieter zum 1. April oder 1. Oktober jeden Jahres einer von der obersten Landesbehörde zu bestimmenden Stelle die sachgemäße Verwendung der Gelder nachzuweisen hat. Wenn der Vermieter die Instandsetzungsarbeiten unterläßt, so kann diese Stelle die Instandsetzungsarbeiten anordnen und eventuell dem Vermieter das Geld dafür entziehen. Der Paragraph wird angenommen.

Unter den folgenden Paragraphen, die Annahme finden, regelt § 12 der Ausschußvorlage die Minderung des Mietzinses [illegible] des Heizungskostenanteils bei vollständiger oder teilweiser Einstellung der Heizung oder Warmwasserversorgung. Zustimmung findet auch § 13 der Ausschußfassung, der besagt, daß die Mieten für leer oder möbliert weitervermietete Räume in einem angemessenen Verhältnis zum Hauptmietzins stehen müssen, und daß das Einigungsamt auf Anruf die Untermiete festzusetzen hat.

Angenommen wird auch § 15, der Neubauten oder durch bauliche Veränderungen neugeschaffene Wohnungen von dem Gesetz ausnimmt, wenn sie nach dem 1. Januar 1917 bezugsfertig geworden sind. Befreiungen genießen auch solche Häuser, die einem Revisionsverbande nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes angehören.

§ 16 enthält die Bestimmungen über die Mietervertretung. Nach der Ausschußfassung soll in Häusern bis zu acht Wohnungen ein Vertrauensmann, in Häusern mit mehr als acht Wohnungen ein aus drei Personen bestehender Mieterausschuß zu wählen sein. Die Regierungsvorlage erklärt die Mieter lediglich für berechtigt, einen oder mehrere von ihnen mit ihrer Vertretung zu beauftragen. Von den Arbeitgebern wird die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt. Doch wird der Paragraph in der Ausschußfassung unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Das Gesetz soll vier Monate nach dem Tage der Verkündigung in Kraft treten. Bis dahin sind die Hundertsätze festzusetzen. Damit ist die erste Lesung erledigt.

Was die Reeder fordern.

Die Reeder haben einen Betrag von 15 Milliarden Mark gefordert. Das Reichsfinanzministerium hat mit Hilfe von Reedern und Fachleuten seine Berechnung vorgenommen und ist nach dem „Hannoverschen Courier" auf folgende Feststellung gekommen: Bei einem Wiederaufbau von 2½ Millionen Tonnen und einem Durchschnittspreis von 4000 Mark für jede Tonne, ergibt sich ein Betrag von 10 Milliarden. Hinzu tritt noch die Finanzentschädigung von 2½ Milliarden, so daß die ganze Rechnung auf ein Kompromiß zwischen den Forderungen der Reeder und den Berechnungen der Sachverständigen hinausläuft. Da nach der rechtlichen Grundlage, die das Beihilfsgesetz und das Ueberteuerungsgesetz bieten, das Reich 70 Prozent und die Reeder 30 Prozent der Wiederaufbaukosten zu tragen haben, ergibt sich selbst bei 10 Milliarden Wiederaufbaukosten für das Reich nur ein Anteil von 7 Milliarden. Im Reichsrat ist eine eingehende Prüfung der ganzen Angelegenheit schon gefordert worden. Eine besondere Sache ist es nach dem zitierten Blatt mit dem Erzbergerfonds. Während man den Auslandsdeutschen und anderen durch den Krieg Geschädigten zunächst einen Abfindungswert zuschreiben und später 1½ bis 2 Milliarden Mark zukommen lassen wollte, besteht ein Erzbergerfonds von 5½ Milliarden Mark, der für die Reeder bestimmt war und den vierfachen Friedenswert der ausgelieferten Schiffe darstellte. Einen Fonds hat Erzberger bereits im Herbst 1919 den Reedern als Entschädigung für die Enteignung der Schiffe zur Verfügung gestellt. Auch hierüber ist vom Reichsrat Beschluß verlangt worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Anleihedenkschrift für das Reich.

Dem Reichstag ist eine Anleihedenkschrift für das Reich und zwar für 1920 zugegangen. Der Gesamtbetrag der Anleihekredite belief sich nach der vorigen Denkschrift auf 178 328 902 026 Mark. Dazu traten dann auf Grund einzelner Gesetze aus dem Jahre 1919 und 1920 weitere Summen, die sich um einige Ersparnisse ermäßigten. Insgesamt stellt sich jetzt der Betrag der Anleihekredite auf 245 730 441 977 Mark. Das gesamte auf Grund des Anleihekredits begebene Schuldkapital betrug an 5prozentigen, 4-, 3½- und 3prozentigen Schuldverschreibungen, an 4½- und 5prozentigen Schatzanweisungen, an unverzinslichen Schatzanweisungen und einschließlich der Prämienanleihe 1919 zusammen 224 049 784 861 Mark. Der gesamte bis 30. Dezember 1920 in Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen begebene Anleihebetrag verzinst sich im Durchschnitt mit 4,983, also fast genau 5 Prozent.

Der Wehrausschuß des Reichstages

setzte am Montag die Beratung beim § 17 fort. Bei der Beratung des § 19 kam es zu einer stundenlangen Aussprache über die Bestimmung, daß Unteroffiziere und Mannschaften entlassen werden können, wenn sie die notwendige „Eignung" nicht mehr besitzen, welcher Begriff natürlich ausschließlich von den Vorgesetzten festgestellt wird. Unser Genosse Giebel wies darauf hin, daß mit dieser Bestimmung künftig so wie bisher in allererster Linie republikanisch gesinnte Mannschaften und Unteroffiziere beseitigt würden, ohne daß die Möglichkeit besteht, sich dagegen wehren zu können. Der Antrag der Sozialdemokraten, den Absatz 2b des § 19 ganz zu streichen, vereinigte nur die Stimmen der sozialistischen Parteien auf sich und war damit abgelehnt. Der Ausschuß wird über die außerordentlich wichtige Frage beraten und entscheiden, ob wirtschaftliche Organisationen für Reichswehrangehörige zugelassen sein sollen oder nicht.

Eine gefallene Größe.

Herr Dr. Hugo, volksparteilicher Reichstagsabgeordneter und Vertreter großindustrieller Interessen, hat Pech. Er hat wegen der Behauptung, daß er vom Arbeitgeberverband 50 000 Mark für sein Eintreten für die freie Wirtschaft und zur Propaganda für seine Wahl in den Reichstag erhalten habe, eine ganze Reihe von Prozessen angestrengt. Der erste endete bereits mit seiner Niederlage, da der Angeklagte zu der lächerlich geringen Geldstrafe von 10 Mark verurteilt wurde. Noch mehr ist Herr Dr. Hugo mit der Privatbeleidigungsklage hereingefallen, die er gegen den demokratischen Stadtverordneten Schmale in Bielefeld angestrengt hat. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, da der Angeklagte mit der Behauptung, die Handlungsweise Dr. Hugos in Sachen der Lebensmittelwirtschaft sei nicht fair, die Stellungnahme des Privatklägers treffend bezeichnet habe.

Ein Menschenschinder.

Am 14. März begann vor dem Schwurgericht in Berlin die neue Verhandlung gegen den Oberleutnant Hiller. [illegible] „Vorwärts" und die „Rheinische Zeitung" in Köln [illegible]

stellen und die schweren Mißhandlungen im Felde ... hüter vor Gericht bekunden wollen. Der Gewährsmann des „Vorwärts" behauptet, daß der zu Tode gequälte Soldat Helmhake von dem Bataillonsarzt, zu dem er um Hilfe kam, hinausgeworfen worden sei. Bekanntlich ist die letzte Verhandlung darum vertagt worden, weil dieser Bataillonsarzt, der als Zeuge geladen war, nicht gekommen war.

Die Unschuldslämmer.

Die Alarmnachricht über den beabsichtigten Monarchistenputsch hat in den Kreisen der Verschwörer sichtbare Verwirrung hervorgerufen. Nachdem schon Kapitän Ehrhardt die Erklärung abgegeben hat, er stehe der ganzen Angelegenheit fern, kommt jetzt auch General Ludendorff, um seine Unschuld zu beteuern. Ueber die Erklärung Ludendorffs braucht nichts weiter gesagt zu werden. Es ist hinreichend bekannt, daß dieser Mann, sobald er für irgendein Unternehmen die Verantwortung tragen soll, entweder unauffindbar ist oder Beteuerungen abgibt, er sei der harmloseste Mensch von der Welt. Die Herren verfügen aber auch über Witz. Denn lächerlich wirkt es, wenn sie jetzt der Reihe nach behaupten, alle gewalttätigen Absichten lägen ihnen völlig fern. Es fehlte bloß noch, daß einer der Orgeschritter aufsteht und die Erklärung abgibt, es habe in Deutschland überhaupt nie einen Kapp-Putsch gegeben. Sicher würden sich auch dann Zeitungen finden, die dieses Zeug drucken.

Kleine politische Nachrichten.

Der Vorstand des polnischen Eisenbahnerverbandes wurde verhaftet und das Verbandslokal geschlossen. Es ergingen auch Haftbefehle gegen die Generalkommission der Gewerkschaften, die den Generalstreik ausgerufen hat. Die militärpflichtigen Eisenbahner wurden als mobilisiert erklärt und militärisch vereidigt.

Bei der Pariser Nachwahl für Millerand und den Abgeordneten Lauche erhielt der Nationalblock rund 47 000 Stimmen und die Gegner des Nationalblockes annähernd 68 000 Stimmen. Davon erhielten die Kommunisten 32 000 Stimmen. Die beiden kommunistischen Kandidaten Loriot und Souvarin sitzen zurzeit im Gefängnis.

Den sächsischen Beamten hat der sächsische Minister des Innern den Beitritt zur Orgesch verboten.

Bei der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses in Halle-Merseburg ergab sich, daß die Kommunisten nicht 264 000 Stimmen, sondern nur 197 113 Stimmen erhalten haben. Also anstatt 5 nur 4 Mandate erhalten.

An der Neuyorker Börse ist ein großer Sturz der Baumwollkurse eingetreten, die um 55 bis 100 Punkte gefallen sind.

In der französischen Kammer wurde ein Bericht über einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Schaffung eines Amtes für Bergwerke vorsieht. Der Bericht enthält ein Programm, durch das die augenblicklichen Kohlenförderungen im Saargebiet in zehn Jahren verdoppelt werden sollen. Der Bericht verlangt einen Kredit von 150 Millionen Franken für die Vorarbeiten der Umorganisierung.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 2. März.

Zum Streik der Huf- und Wagenschmiede.

Der Schmiedeberuf ist bekanntlich körperlich schwer und sollte man annehmen, daß auch die Arbeit danach entlohnt werde. Die Löhne der Schmiede fallen aber ganz aus dem Rahmen der Entlohnung der übrigen Arbeiter der Metallindustrie. Ihre Löhne sind folgende: Selbständige Gesellen 5 Mk., angehende Feuerschmiede 4 Mk., Junggesellen 3,50 Mk. Akkordarbeit ist nicht vorhanden, also nur mit dem glatten Stundenlohn von 5 Mk. muß ein verheirateter Geselle versuchen, seine Familie und sich selber durchzubringen. Seit dem 11. Oktober v. Js. sind die Löhne nicht erhöht worden. Am 29. Dezember v. J. stellten die Gesellen bei der Innung den Antrag auf Lohnerhöhung. Die Innung lehnte die Forderung ab. Der Schlichtungsausschuß bewilligte am 21. Januar eine Lohnerhöhung von 85 Pfg. pro Stunde ab 10. Januar. Gefordert waren 1,50 Mk. Die Innung lehnte den Spruch ab; die Gesellen nahmen ihn an. Darauf wandten wir uns an den Demobilmachungskommissar, um den Spruch für verbindlich erklären zu lassen. Die Parteien wurden nochmals geladen und von Herrn Regierungsrat Buhlschneider folgender Vorschlag gemacht: Um den Meistern die Nachzahlung ab 10. Januar zu erlassen, soll die Lohnerhöhung erst ab 7. Februar eintreten. Die Gesellen nahm in einer Versammlung den Vorschlag an; die Innung lehnte ihn ab. Jetzt beantragten wir nochmals den Spruch für verbindlich zu erklären. Am 22. Februar lehnte der Demobilmachungskommissar die Verbindlichkeitserklärung ab. Die Gründe, die ihn dazu führten, sind so interessant, daß sie der Oeffentlichkeit nicht vorbehalten werden sollen. In der Begründung wird nur von der Notlage der Meister gesprochen. Daß ein Stundenlohn von 5 Mk. für einen Familienvater zu gering ist, wird überhaupt nicht erwähnt. Die Forderung der Schmiede war eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1,50 Mk. Wenn der Schlichtungsausschuß dann nur eine Erhöhung um 85 Pfg. für angemessen erachtet, so sagte er u. a. in seiner Begründung, daß die verwandten Berufe bereits sämtlich einen 6 Mk. übersteigenden Stundenlohn haben. Wir haben erwartet, daß der Demobilmachungskommissar soviel soziales Verständnis hätte und den Spruch, der nur eine Lohnerhöhung von 85 Pfg. ausspricht, für verbindlich erklären würde. Er nimmt aber nur auf die angebliche Notlage der Schmiedemeister Rücksicht, die da klagen, daß das Beschlagen der Pferde so kostspielig sei, daß die Landleute davon größtenteils überhaupt absehen und die städtischen Fuhrherren und Händler bei einem Dorfschmiedemeister beschlagen lassen, welche billiger sein könnten, da sie ohne Gesellen arbeiten. Also eine Folge der Lehrlingszüchterei. Solche Märchen können die Schmiedemeister wohl einem aufbinden, der keine Knöpfe an der Hose hat. Ein Mensch mit gesundem Menschenverstand glaubt nicht, daß die städtischen Fuhrherren zum nächsten Dorfe ziehen, um dort ihre Pferde beschlagen zu lassen, bei denen ist auch Zeit Geld. Wenn nun weiter in Aussicht gestellt wird, daß die Meister vielleicht ab 1. März eine Stundenlohnerhöhung von 30 Pfg. bewilligen werden, so lehnen die Gesellen dieses Angebot ab. Die Gesellen haben in diesem Lohnkampfe immer nachgegeben, aber jetzt ist die Geduld zu Ende. Die Meister wollen anscheinend den Kampf, jetzt haben sie ihn. Einmütig ist die Arbeit bei allen Innungsmeistern niedergelegt. Wir ersuchen die Gesamtarbeiterschaft mit Obacht zu geben, daß keine Streikarbeit gemacht wird.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Monatsprogramm: 3. 3.: Vortrag des Genossen Ahrendt über „Gorki und Tolstoi". — 6. 3.: Wanderung nach dem Behaturm. Abmarsch 2 Uhr Geibelplatz. — 10. 3.: Frauenversammlung. Die Vereinigung ist sämtlich eingeladen. — 13. 3.: Wanderung nach Kannenbruch. Ab [illegible]. — 17. 3.: Vortrag des Genossen [illegible]. — [illegible] 3.: Vortrag: Parlamentarismus. (Gen. Ehlers.) — 27. 3. 28. 3.: Ostertour. Näheres wird noch bekannt gegeben. — [illegible] 3.: Die politischen Parteien. Die Veranstaltungen finden [illegible] im Gewerkschaftshaus statt. Beginn 7½ Uhr. [illegible] pünktliches Erscheinen wird erwartet. Zu den Vorträgen [illegible] interessierten Kreise der Partei herzlich eingeladen. [illegible] Mitglieder bitten wir, sich auch rege an den Wanderungen zu beteiligen. Der Arbeitsausschuß. J. A.: Hans [illegible]

Arbeiter-Jugend, Abt. Stadt. Heute abend 7½ Uhr findet im neuen Heim Haushaltungsschule, Johannisstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vorstandswahl. Es wird dringend ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Jugendvortrag. Donnerstag, abends 7¼ Uhr, spricht auf Veranlassung des Jugendpflegeausschusses beim Jugendamt Direktor Dr. Schwarz über „Ernstes und Heiteres von der Ansichtspostkarte" in der Aula des Katharineums. Alle Jugendlichen, auch die Schüler der letzten Klasse der Volkshochschulen, sind dazu eingeladen.

Hartgußwerk „Sirius", Aktiengesellschaft in Lübeck. Das Unternehmen ist mit einem Grundkapital von 3 Millionen Mark, eingeteilt in 3000 Inhaberaktien über je 1000 Mark, in das hiesige Handelsregister eingetragen worden. Die zum Kurse von 110 Prozent ausgegebenen Aktien sind sämtlich von den Gründern übernommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Eisengießerei und eines Hartgußwerkes im hiesigen Staatsgebiet. Den Vorstand bilden die Herren Fabrikant Friedrich Kirchen und Kaufmann Karl Boll, hier.

Volksküche. Besuch im Monat Februar 1921. Es wurden 9058 Portionen an 28 Tagen gekocht, pro Tag 323 Portionen; 3896 Portionen Abendessen und 955 Kinderportionen, sowie 955 Kinderportionen, sowie 5519 große Tassen Kaffee wurden verabfolgt.

Stadttheater. Mittwoch Wiederholung von „Journalisten"; Donnerstag wird „Rigoletto" gegeben und zwar wird entgegen gestriger Meldung Herr Witold d'Antone die Partie des Rigoletto. Herr Varey den Herzog singen. Freitag wird „Journalisten" und Sonnabend „Martha" wiederholt. In den Kammerspielen am Donnerstag und Sonnabend „Flamme".

Ein volkstümliches Konzert (Fetras-Abend) findet heute, Mittwoch abend, im Gewerkschaftshause statt. Der Erfolg des letzten Auftretens des bekannten Komponisten zugunsten der Grenzspende für Oberschlesien war groß. Das Publikum spendete minutenlangen Beifall. Wer eine schöne Freude genießen und sich bei herzerquickender Musik erbauen will, besuche die Veranstaltung.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Gestohlen wurde gestern ein Fahrrad, Marke Bulgaria, mit schwarzem Gestell, gelben Felgen und nach oben gebogener Lenkstange, welches auf kurze Zeit vor einem Hause in der Königstraße hingestellt worden war.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde eine Arbeiterin aus Gruppe, die seitens des hiesigen Amtsgerichts wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde, und ein Barbier aus Demmin wegen Sittlichkeitsvergehens.

Angrenzende Gebiete.

k. **Schwartau.** Siedlungsfrage. Am 28. Februar fand hier eine Stadtratssitzung statt. Auf der Tagesordnung stand als Hauptpunkt die Siedlungsfrage. Die Angelegenheit schwebt schon seit Dezember vorigen Jahres. Es hatte sich hier eine gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft gebildet, welche mit der Siedlungsgesellschaft in Lübeck zusammen arbeiten wollte. Die Verhandlungen mit der Besitzerin des allein in Frage kommenden Grundstücks, auf dem sogenannten Villenterrain bei Cleverbrück, waren soweit gediehen, daß die Firma das Terrain für den Preis von 3,50 Mk. pro Quadratmeter verkaufen wollte. Um nun einen Wucher mit den Grundstücken auszuschalten, beantragte die Siedlungsgenossenschaft beim Magistrat, das Terrain für die Gemeinde zu kaufen und an die Siedler zum Selbstkostenpreis abzugeben, sich aber das Eigentumsrecht am Grund und Boden vorzubehalten. Dem Magistrat war dadurch Gelegenheit gegeben, den Fehler, welcher vor Jahren mit der Verschleuderung dieses Grundstückes gemacht ist, wieder gut zu machen. Die gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft verpflichtete sich, für Verzinsung und Verkauf der Grundstücke aufzukommen. Die Regierung in Eutin hatte in jeder Beziehung ihre Unterstützung zugesagt. Da sollte man annehmen, die Stadtvertretung würde mit Freuden darauf eingehen, aber weit gefehlt. Der Antrag wurde abgelehnt und statt dessen ein Antrag Hattenbach angenommen, welcher jedem Siedler einen Zuschuß von 6000 Mk. zum Ankauf eines Grundstücks bewilligt. — Wie ist so etwas denkbar, auf der einen Seite kaum ein Risiko und auf der anderen Seite bei jedem Grundstück 6000 Mk. weggeworfen. Dem Siedler ist damit gar nicht gedient, denn das Grundstück wird ihm nur verteuert. Den Vorteil hat nur der jetzige Besitzer, welcher sicher beim Einzelverkauf weit höhere Preise fordern wird. Abgesehen davon, war geplant, mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenunterstützung die noch fehlende Straße durch Erwerbslose ausführen zu lassen. Die Erwerbslosen wissen nun, wem sie es zu danken haben, wenn sie noch wochenlang das Gnadenbrot der Unterstützung essen müssen.

Hamburg. Differenzen im Hafenbetrieb. Die Hafenarbeiter und Kranführer haben zum Teil die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um Differenzen in der Lohnfrage. Durch das langjährige Hinauszögern der Verhandlungen seitens des Hafenbetriebsvereins ist den Arbeitern der Glaube genommen, daß die Unternehmer es überhaupt ernst meinen mit der Bewilligung irgendwelcher Zugeständnisse. Am Dienstag abend fanden nun erneute Verhandlungen statt. Zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen werden die Arbeiter heute Stellung nehmen.

Hamburg. Klare Entscheidung der Holzarbeiter im Richtungsstreit. Die Jahresversammlung der Holzarbeiter gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für die Richtlinien des Amsterdamer Gewerkschaftskongresses. Infolge der Agitation beider Richtungen war der große Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz gefüllt. Nachdem der Jahresbericht erledigt war, wurde nach lebhafter Aussprache folgende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen: „Die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Hamburg, bekennt sich grundsätzlich zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Sie erblickt in ihr die allein mögliche organisatorische Zusammenfassung der Gewerkschaften. Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß auf diesem Boden ein Zusammenarbeiten ohne Rücksicht auf die politischen Ansichten möglich ist. Die Generalversammlung lehnt aber entschieden die Förderung einer beliebigen politischen Richtung ab und beauftragt die Verwaltung, solchen Bestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten."

Hamburg. In der Hypnose. Gegen einen Mann mit Namen Müller wurde ein Haftbefehl erlassen, da der Verdacht besteht, daß er Frauen hypnotisierte und sie ausbeutete. So wurde am Sonntag in Altona eine Frau B. angehalten, die in offenbar hypnotischem Zustand dahinschritt und später angab, sie habe von Müller den Auftrag, aus einem Hof von einer näherbezeichneten Stelle Geldschrankschlüssel zu holen. Diese Schlüssel fanden sich auch richtig dort vor. Die Frau B. gab auch an, daß sie dem Müller bereits 15 000 Mark von ihrem Vermögen gegeben habe. — Aus Unvorsichtigkeit erschossen. An Bord des im Hafen liegenden argentinischen Regierungsdampfers „Bahia Blanca" wurde ein Matrose das Opfer einer fahrlässig gehandhabten Schußwaffe. Der Matrose hatte sich einen Browning gekauft. Als er die geladene Waffe seinem Kollegen Carabajal zeigte, krachte plötzlich ein Schuß. Die Kugel drang Carabajal in den Kopf und tötete ihn auf der Stelle.

Wilhelmsburg. Das Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen. Bei der am Sonntag in Wilhelmsburg stattgefundenen Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht wurde die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellte Liste glatt gewählt. Die Gegenliste erhielt nur 150 Stimmen und ging leer aus. — Bei der am Montag vorgenommenen Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer erhielt die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellte Liste [illegible] Stimmen und 1 Mandat, während die Gegenliste [illegible] Mandate erhielt.

Kiel. Der große Platin-Diebstahl im Torpedo-Laboratorium gelangte am Montag vor der Kieler Strafkammer zur Aburteilung. Als Diebe waren der Ringkämpfer Melzer und der Preisboxer Kluschinski angeklagt und als Hehler und Käufer des Platins der Uhrmacher K. aus Hamburg. Er zahlte 18 440 Mk. und bekam 49 000 Mk. wieder. M. und Kl. bestritten den Diebstahl. Das Gericht sprach sie aber schuldig, und da sie erheblich vorbestraft waren, erhielten sie 4 bezw. 3½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust zuerkannt. Kl. unternahm einen Angriff auf das Gericht, und zwar wollte er mit einem Stuhl werfen. Der Stuhl wurde ihm entrissen, dann wurde er überwältigt und abgeführt. Gegen K. fällte das Gericht ein freisprechendes Urteil. — Zu 49 150 Mk. Geldstrafe bezw. 1 Jahr Gefängnis verurteilte das Gericht den Viehhändler S. aus Neumünster wegen Vergehens gegen das Bondenholz-Gesetz. Er hatte bei Bondenholz Parzellen in Grevenkrug gekauft und sie abholzen lassen, obgleich ihm ein Hiebverbot zugestellt war.

Flensburg. Werftarbeiter gegen „Tirpitz". Am Dienstag sollte auf der Flensburger Schiffswerft ein 12 000-Tonnen-Dampfer vom Stapel laufen. Er ist für die A. G. Hugo Stinnes Seeschiffahrt und Ueberseehandel in Hamburg erbaut und soll den Namen „Tirpitz" erhalten. Großadmiral von Tirpitz sollte die Taufrede halten; auch Hugo Stinnes und andere hervorragende Persönlichkeiten wurden zur Tauffeierlichkeit erwartet. In letzter Minute wurde aber der Stapellauf durch einen Beschluß der Werftarbeiter in Frage gestellt zu sein. In einem Artikel der „Flensburger Volksztg." wird gegen die Benennung des neuen Schiffes mit dem Namen Tirpitz polemisiert. Zugleich wird mitgeteilt, daß die Werftarbeiter in einer Abstimmung mit über ¾ Mehrheit beschlossen haben, das Schiff nicht vom Stapel zu lassen, wegen des „anrüchigen Namens" und der Anwesenheit „berüchtigter Persönlichkeiten" wie Tirpitz usw. — Der Stapellauf hat trotzdem stattgefunden. Tirpitz hielt die Taufrede, in der er von innerer Zwietracht usw. sprach. — Die Werft ist geschlossen worden. Die Arbeiter nehmen heute zu der Sache Stellung.

Itzehoe. Ein Sozialdemokrat als zweiter Bürgermeister von Itzehoe gewählt. Am Sonntag wurde Genosse Schinkel, Leiter des Konsumvereins, mit 4800 Stimmen gegen 4046, die auf den Beigeordneten Grever-Gandersheim entfielen, zum zweiten Bürgermeister gewählt. Die bürgerlichen Magistratsmitglieder und Stadtverordneten hatten noch am Sonnabend in den „Itzehoer Nachrichten" eine Erklärung veröffentlicht, in der sie im Falle der Wahl eines Sozialdemokraten mit Niederlegung ihrer Aemter drohten. Ob sie nun ihre Drohung wahrmachen werden?

Schwerin. Fahrpreise auf der Eisenbahn. Wie eine Bekanntmachung der Eisenbahn-Generaldirektion mitteilt, werden am 1. April die Fahrpreise im Bezirk der ehemaligen mecklenburgischen Landeseisenbahn auf die Preise der übrigen Reichseisenbahnen herabgesetzt.

Bremen. Herabsetzung des Kartoffelpreises. Die Landeskartoffelstelle hat den Kleinverkaufspreis für Speisekartoffeln auf 45 Pfg. pro Pfund herabgesetzt.

Neueste Nachrichten.

Die Londoner Konferenz.

TU. Brüssel, 2. März. In den ersten telephonischen Mitteilungen wird der Eindruck der Darlegungen Dr. Simons auf der Londoner Konferenz möglichst als niederschmetternd dargestellt. Es wird gemeldet, daß Lloyd George zum Schluß der Konferenz zu einem der Delegierten geäußert hat, daß, wenn die Sitzung andauert, die Alliierten noch hören würden, daß sie zu zahlen hätten. Zugleich heißt es aber, daß Lloyd George und ein Teil der übrigen Anwesenden die Bedeutung des Angebots nicht sofort begriffen haben. Nach den hier vorliegenden Darlegungen bedeutet das Angebot von Minister Simons eine Gesamtleistung Deutschlands in den nächsten 20 Jahren im Betrage von 150 Milliarden (die deutschen Gegenvorschläge sprechen von 50 Milliarden) Goldmark.

Die Pläne der Franzosen.

Die Pläne der Franzosen, die im Falle einer Weigerung Deutschlands, die Entwaffnungsbestimmungen auszuführen, zur Anwendung gebracht werden sollen, werden fast von der ganzen englischen Presse besprochen. „Daily Expreß" gibt folgenden Operationsplan wieder, den er aus guter französischer Quelle zu haben vorgibt: Danach würden die Belgier die Gegend von Dortmund besetzen, während sich die Franzosen der Stadt Frankfurt a. M. bemächtigen würden, um dann später nach Süddeutschland einzudringen, unter Umständen sogar bis München. Auf dem Wege wolle man dann die Einwohnerwehren mit Gewalt ihrer Waffen berauben. Der Hafen von Hamburg soll von einer alliierten Flotte blockiert werden. Wenn England sich hierzu nicht hergeben sollte, würden auch die Franzosen diese Aktion selbst übernehmen.

Abänderung des Vertrages von Sevres.

TU. London, 2. März. „Daily Expreß" meldet, daß der Vertrag von Sevres zugunsten der Türkei abgeändert wurde, sodaß Griechenland Thrazien und Smyrna verliert.

Neue russische Offensive gegen Polen im Frühjahr?

TU. London, 2. März. Der Korrespondent der „Times" in Warschau meldet seinem Blatte den Wortlaut eines Geheimberichts, worin Trotzky den Plan zur Wiederaufnahme des Angriffes auf Polen im nächsten Frühjahr genehmigt.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil:
Hermann Bauer.
Für die Rubrik „Freistaat Lübeck": August Schulz.
Für Inserate: Heinrich Steinberg.
Verleger: Heinr. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verpachtung der Badeanstalten Krähenteich und Falkendamm.

Die Badeanstalten Krähenteich und Falkendamm sollen für die diesjährige Betriebszeit verpachtet werden.

Pachtangebote sind bis zum 15. März ds. Js. im Bureau der Finanzbehörde einzureichen. Daselbst können auch die Bedingungen für die Verpachtung entgegengenommen werden.

Lübeck, den 2. März 1921.

Die Finanzbehörde. Abteilung für Häuser und Wälder. (1488

Verpachtung der Forsthalle.

Die Forsthalle in Israelsdorf soll vom 1. Mai 1921 ab auf die Dauer von 10 Jahren verpachtet werden.

Pachtangebote sind bis zum 18. März d. J. im Bureau der Finanzbehörde, Fleischhauerstr. 18, Zimmer Nr. 6, einzureichen. Daselbst können auch die Bedingungen entgegengenommen werden. (1488

Lübeck, d. 1. März 1921.

Die Finanzbehörde. Abteil. für Häuser u. Wälder.

Visitenkarten fertigt an Friedr. Meyer & Co.

Wo ist Trocadero? 14400

Achtung!
Schwartau-Rensefeld.
Sitzung
sämtlicher Betriebsräte, des Ortsausschusses und Kartelldelegierten
am Sonntag, d. 6. März
im Lokale „Transvaal"
nachm. um 3 Uhr.
NB.: Es ist Pflicht sämtlicher Betriebsräte und Kartelldelegierten, zu erscheinen. (14414
Der Ortsausschuss.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer.
Zahlstelle Lübeck.
Versammlung
Donnerstag, d. 3. März, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Sehr wichtige Tagesordnung, daher das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.
14405) Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
IV. Distrikt
(früher I.)
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, d. 3. März, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4
Tagesordnung.
1. Was lehrt uns die Preußenwahl? Referent: Gen. Weiß.
2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
I. A.: Mergel.

V. Distrikt
(Hüxtertor).
Mitglieder-Versammlung
Freitag, den 4. März, abends 7½ Uhr,
im Lokale von [illegible]
[illegible]
Tagesordnung:
1. Was lehrt uns der 20. Februar? Referent: Gen. Weiß.
2. Verschiedenes.
Der Distriktsführer: [illegible]
(14409)

Zentralverband der Zimmerer
Bezirk Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, den 3. März, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Verbandstagung [illegible]
2. Wahl von 2 Delegierten zur Gaukonferenz.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Zu verk. ein [illegible] [illegible] [illegible] (14408

[illegible] billig zu verkaufen. (14411 [illegible] 25, I

Zu verk. neuer [illegible] [illegible] [illegible] (14412

[illegible] zu verk. (14410 [illegible]

Deutscher Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, den 3. März 1921, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht von den zentralen Verhandlungen.
2. Stellungnahme zum Gautag am 10. April in Hamburg.
3. Verschiedenes. (14395
Die Ortsverwaltung.

Konfirmanden-Anzüge
bringen wir in allergrößter Auswahl bei guten Qualitäten zu nur denkbar billigsten Preislagen

Konfirm.-Anzüge	in blau Cheviot	520, 450, 395, 350, 290
Konfirm.-Anzüge	in blau Kammg.	720, 660, 595, 550, 485
Konfirm.-Anzüge	in divers. Stoffen	475, 415, 360, 310, 280

Blaue Herren-Anzüge
in 1- und 2reihig von **450** bis **1150** in größter Auswahl am Lager.
Gebr. Vandsburger
Holstenstr. 10
Inhaber: Heinr. Wellmann.
14416

Joh. Möller's bill. Fleischquelle Hüxstr. 13/15
Rindfleisch . . . } Hammelfleisch . } ℔ 8.00 ℳ
Gehacktes . . . . 10.00 ℳ (14417
Kochfleisch . . ℔ 7.00 ℳ
Speck . . 10.50 ℳ
bei 3 ℔ Abnahme 10.00 ℳ
Scheibenbeefsteak. Rollfleisch. Gulasch

Neuester Schlager! (1439[illegible]
D. R. P. angem.
Es ist erreicht, daß ein Jeder in [illegible] **Mundharmonika** [illegible] spielen kann. Preis pro Stück mit Lernschule 12.— Mk. gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme [illegible]. Schlott & Trätzschler. Mundharmonikafabrik. [illegible]

Tilsiter Bruchkäse ℔ 8.—
Guter Holländerkäse ℔ 12.—
Obere Johannisstr. 18. Hans Wegener.

Versteigerung von Fundsachen.
Die im Jahre 1919 bei dem Polizeiamt eingelieferten Fundgegenstände, als: [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] vom [illegible] Montag, dem [illegible] April [illegible] [illegible] [illegible] machen. (14[illegible]
Lübeck, [illegible] Febr. 1921.
Das Polizeiamt.

[illegible] Zeppelinstraße 5 [illegible] (14406

Eine Kommode zu kaufen gesucht. Ang. unter **H K** an die Exp. d. Bl. (144[illegible]

Dauerweide.
[illegible] Rinder [illegible] zu vermieten. Angebote mit Preis-Angabe unter **W D 10** an die Exp. (14[illegible]

Charlewille.
[illegible]
bei [illegible]
Mk. 1.50.
Friedr. Meyer & Co.

Die Veranstaltungen
während der Ostsee[illegible] Woche haben [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] (14397
Der Arbeitsausschuß [illegible]

[illegible]
e. G. m. b. H.
[illegible] (14451
Der Vorstand.

Fr. Lebensmittel
[illegible] empfiehlt billigst
F. Brons,
[illegible]
Fernsprecher 416. (14[illegible]

[illegible] (14402
Margarine
[illegible] 10.40 u. 10.80 Mk.
Franz Potthorst.
[illegible]
2 [illegible] 2.

Adlershorst.
Jeden Donnerstag:
Ball
14484

Waisenhof
Sonnabend, den 5. März:
Großer Lumpenball.
14387

FAREILA

TABAKE
befriedigen jeden Raucher durch Qualität u. Preis.
Gold-Shag rein Virginia
Fareila Extra milde und bekömmlich
Jumbo leichter, dunkler Shag
Jagd-Shag Ia. Virginia (14385
Vorrätig in allen Spezial-Geschäften.
Fabeige & Reichling G.m.b.H. Landau.
Fordern Sie den Besuch unserer Generalvertretung
Max Hilgendorf, Hamburg, Königstr. 36.

Ein Waggon allerfeinsten
Kunsthonig
eingetroffen.
Preis Mk. 4.40 p. Pfd.
Zu haben in nachstehenden Verkaufsstellen der
Dampfbäckerei „Hansa".
J. C. D. Junge & Co. (14387
Innere Stadt: Holstenstr. 14, Hüxstr. 24 (Haus [illegible]), [illegible] 29, Beckergrube 31, Königstraße 121, Lange Lohberg 29, Schwanstraße 156.
Burgtor: [illegible] 27, Percevalstr. 22.
[illegible]: [illegible] 1, Travemünder Allee (Ecke Kaiserdamm), Travemünder Allee 94 a.
[illegible]: [illegible] 3, [illegible] 27 b, [illegible], Ecke [illegible].
Holstentor: [illegible] 90 (Ecke [illegible]), [illegible] Allee 6 c, [illegible] Allee 58, [illegible] 25, [illegible] 11, Sachsenburger Allee 54, [illegible] 57.

[illegible] Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer, [illegible] Möbelhaus de Buhr
[illegible] 21. (14[illegible]) Telef. [illegible]

Wo ist Trocadero?

Verein der Musikfreunde
Leitung: Kapellmeister Mannstädt.
Grosses
Volkstümliches Konzert
am Freitag, dem 4. März 192[illegible]
im Gewerkschaftshause.
Feines auserlesenes Programm.
Abonnementskarten haben Gültigkeit.
Vorverkaufskarten in den Verkaufsstellen des K[illegible] sumvereins und im Gewerkschaftshause. (14[illegible]
Eintritt 2 Mk. Anfang 7½ Uhr.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Zahlstelle Lübeck
Einladung zum
BALL
am Sonnabend, d. 5. März
im Konzerthaus Lübeck
Anfang 6½ Uhr. Ende 2 Uhr.
Herren 3 Mk. Damen 2 Mk.
14404 Das Komitee

Deutsch. Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 3. März, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 5[illegible]
Tagesordnung:
Stellungnahme zu den Beschlüssen des [illegible] weiterten Beirats.
Referent: Max Landgraf, Bremerhaven
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
14408) Die Ortsverwaltung.

Brennholz
klein gespalten, ofenfertig, zum Anheizen, große Säcke 12.— Mk. frei Haus.
Torf, Hartholz
zu den billigsten Tagespreisen. (14380
F. W. Tietz
Pelzerstraße 24.
Fernruf 943.
Lager Falkenstraße.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 14383

Schmalz (14401)	℔ 10.00
Margarine	„ 10.50
Fetter Speck	„ 12.00
Kunsthonig	„ 4.40
Kaffee-Ersatz	„ 3.20
Gerstenflocken	„ 3.20
Echter Sago	„ 3.50
Reis ℔ 2.60, 2.90,	3.20
Maisgries	℔ 2.20
Maismehl	„ 3.20
[illegible]-Seifenpulv.	„ 3.50
Seife, Doppelst. 4.60	4.—

Friedrich Trosiener,
[illegible] 17. Fernr. 215.

Bitte überzeugen Sie sich
beim Einkauf von der Qualität meiner Waren.
[illegible] ℔ 11.[illegible]
[illegible] 1.7[illegible]
[illegible] ¼-℔-Paket 4.5[illegible]
[illegible] ℔ 13.—
[illegible], etwas Bruch ℔ 6.5[illegible]
14386)
Heinrich Vick,
[illegible] 66.

Gesangverein „Lyra" Quartett „Italia" von 1[illegible] Graphische Liedertafel
(130 Sänger)
Chormeister: Otto Hausch[illegible]
(14[illegible]
I. KONZERT
am Donnerstag, d. 3. Mä[illegible] abends 8 Uhr,
im „KOLOSSEUM
Mitwirkende:
Fräulein Annemarie Gand[illegible]
Herr Fritz Bähnke,
Herr Walter Berg (Klavi[illegible]
Herr Bruno Rahlf (Violin[illegible]
Karten à **3 Mk.** (einsc[illegible] Garderobe) bei Ernst Rob[illegible] Breite Str., u. abds. a. d Ka[illegible]

Hansa-Theater
Heute 7½ (Ab. Serie [illegible]
Das Hollandweibchen
Oper. i. 3 Akt. v. Kalma[illegible]
Donnerstag 7½: (143[illegible]
Fräulein Puck
Freitag 7½ (Ab. Serie [illegible]
Die Jugendpächter
Lustspiel in 3 Akten.

Stadttheater Lübeck
Mittwoch. Schft. D. u. [illegible] Vorst. im Schausp.-Abon[illegible] Journalisten. 7.30 Uhr
Donnerstag. Schft. D u. [illegible] Vorstell. im Opern-Abo[illegible] Rigoletto. 7.30. (14[illegible]
Freitag. S. A u. 15. Vo[illegible] i. Schausp.-Abonnem[illegible] Journalisten. 7.30 U[illegible]
Sonnabend. Schft. D u. [illegible] Vorst. i. Opern-Abonne[illegible] Martha. 7.30.
Kammerspiele.
Donnerstag u. Sonnab[illegible] Flamme. 7.30 Uhr.

Wo ist Trocadero?

Beilage zu Nr. 51.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 2. März 1921.

Gegen die kommunistischen Gewerkschaftszerstörer!

S.A.K. In Punkt 10 des Moskauer Diktats haben die Kommunisten bekanntlich den Befehl bekommen, „einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer Internationale der gelben Gewerkschaften zu führen" und „mit allen Mitteln ... die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen." In Punkt 9 des genannten Diktats haben sie den weiteren Befehl bekommen, „systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter zu entfalten, ... kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen." Das Ziel der Kommunisten ist die Auslieferung der selbständigen deutschen Gewerkschaften an die Kommunistenzentrale in Moskau. Da den Kommunisten bei dem Kampf um dieses Ziel die heutigen unabhängigen und mehrheitssozialistischen Vorstände und Funktionäre der Gewerkschaften im Wege stehen, so ist jenen in Punkt 2 des Moskauer Diktats außerdem befohlen worden, „regelmäßig und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung ... die reformistischen und Zentrumsleute (Unabhängige) zu entfernen und sie durch Kommunisten zu ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders am Anfang an die Stelle von erfahrenen Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen."

Diesen Befehlen von Moskau entsprechend haben die Sekretäre der Kommunistischen Partei Deutschlands, Heckert und Brandler, gehandelt. Sie haben seit Monaten die deutschen Gewerkschaften als „gelbe Verbände" beschimpft und die von den Mitgliedern auf ihre Posten gestellten Leiter der Verbände auf das skrupelloseste heruntergerissen. Sie haben in den Verbänden „Zellen" gebaut, haben diktatorisch geleitete Organisationen innerhalb der Verbände geschaffen und zuletzt noch den Versuch unternommen, die „Zellen" zu einer von Moskau abhängigen, kommunistisch geleiteten Reichsfraktion zusammenzuschließen.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hatte bekanntlich für diese gewerkschaftszerstörende Tätigkeit so wenig Verständnis, daß er die Organisatoren der kommunistischen Sonderbestrebungen kurzerhand aus dem Verbande ausschloß, als sie eine kommunistische Bauarbeiterkonferenz nach Halle einberiefen, und daß er allen denen, die an der Konferenz teilnahmen, ebenfalls den Ausschluß aus dem Verbande ankündigte. Von den führenden Kommunisten wurde das feste Zupacken des Bauarbeiterverbandsvorstandes zu einer noch skrupelloseren Hetze gegen den gesamten Vorstand benutzt. Auf der kommunistischen Reichskonferenz in Halle wurde es so dargestellt, als ob die Organisatoren eines kommunistischen Bauarbeiterbundes aus dem Bauarbeiterverbande entfernt worden wären, weil sie der kommunistischen Partei angehören, und als ob nun das Hinauswerfen aller oppositionellen Elemente aus den Gewerkschaften und damit die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung begonnen habe.

Mit dieser lügenhaften Agitation setzt sich der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes in einem soeben erschienenen Merkblatt für seine Funktionäre auseinander. Er weist darauf hin, daß die Heckert, Brindler und Bachmann nicht ausgeschlossen worden sind wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei, sondern weil sie Feinde der Gewerkschaften sind und weil sie diese ihre Feindschaft zum Schaden der Gewerkschaften seit langem praktisch betätigt haben: Menschen, die ihren Verband als gelbe Gewerkschaft beschimpfen, die Verbandsbeschlüsse mißachten, die Selbständigkeit und die demokratische Ordnung des Verbandes durch Gründung von Organisationen innerhalb des Verbandes bedrohen und den Verband selbst an die kommunistische Zentrale in Moskau ausliefern wollen, könnten nicht erwarten, daß ihnen der Verband Gelegenheit zu seiner Zerstörung in seinen eigenen Reihen gäbe.

Die Kommunisten tun heute so, als wollten sie die Einheit der Gewerkschaften aufrecht erhalten und als sei diese Einheit von der „Gewerkschaftsbureaukratie" bedroht. Der Vorstand der Bauarbeiterverbandes weist demgegenüber darauf hin, daß die deutschen Kommunisten von der kommunistischen Internationale in Moskau folgenden Befehl bekommen haben:

> Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaften höher stellen als ihre Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückschrecken, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Versuch, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen.
> (Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale. Seite 53.)

Aus diesem Satz schlußfolgert der Vorstand des Bauarbeiterverbandes, daß die Kommunistenzentrale in Moskau den Kommunisten das Verbleiben in den deutschen Gewerkschaften nur so lange gestattet, wie diese ihre Tätigkeit für die Auslieferung der deutschen Gewerkschaften an die Kommunistische Partei ungestört und mit Aussicht auf Erfolg ausüben können. Sei das nicht mehr der Fall, so seien die deutschen Kommunisten zur Spaltung der deutschen Gewerkschaften verpflichtet. Umsoweniger dürften sich die Gewerkschaften die Zerstörungsarbeit in ihren eigenen Reihen länger gefallen lassen. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes ermahnt die Verbandsfunktionäre, die Wühlereien der Kommunisten innerhalb des Verbandes aufs genaueste zu beachten und den Verbandsvorstand in seinen Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Einheit und Geschlossenheit des Verbandes zu unterstützen. Diese Mahnung ist auch an die Funktionäre aller anderen Gewerkschaften zu richten. Wie notwendig das ist, geht nicht nur aus den Moskauer Befehlen, sondern auch aus den Ausführungen der kommunistischen Führer auf der Halleschen Konferenz hervor. Dort forderten die Kommunisten — weil sie sich offenbar heute zur Spaltung der Gewerkschaften noch zu schwach fühlen — ihre Anhänger ausdrücklich zum Verbleiben in den Verbänden auf. „Wir wollen nicht einen Bruchteil," sagte der kommunistische Sekretär **Heckert**, „wir wollen die ganze Organisation. Wir wollen nicht nur einen Verband, wir wollen die ganzen Gewerkschaften. Es handelt sich nicht darum, unsern Willen durchzusetzen, sondern der Weltrevolution zu dienen." Und der kommunistische Sekretär **Brandler** sagte: „Es wäre für die Kommunisten ein Leichtes, einen neuen Verband zu gründen. Die Kommunisten müßten aber den **ganzen** Verband haben. Kein Mitglied dürfte jetzt austreten, das sei Fahnenflucht. Die nächste Forderung, die an die Mitglieder der Opposition zu stellen sei, wäre, sofort straffe Fraktionen in jedem Zweigverein zu bilden, die vor jeder Versammlung und vor jeder Vorstandssitzung Politik und Taktik festlegen müßten. (Rote Fahne vom 2. Februar.)

Was die Kommunisten wollen, ist somit vollkommen klar. Es wird an den vernünftig denkenden Gewerkschaftern liegen, die Zerrüttung ihrer Verbände durch die Kommunisten unmöglich zu machen, indem sie die Masse der Mitglieder darüber aufklären, worum es den Kommunisten in den Gewerkschaften geht.

Neue Wege der Volksbildungspflege.

Im Gewerkschaftshause sprach am 28 Februar unser Bibliotheksdirektor Dr. **Pieth** auf Einladung der „Asba" über das Thema „Neue Wege der Volksbildungspflege". Der Volksbildungspflege, die sich an die Gesamtheit, an die Gemeinschaft unseres Volkes wendet, so führte der Vortragende aus, sind seit mehr als zwei Jahren neue Wege gewiesen. Die alten Mittel haben sich als nicht zureichend erwiesen, neue Aufgaben und neue Methoden haben sich durchgesetzt. Wir müssen ihnen unsere aufmerksamste Beobachtung zuwenden und sie verwenden für unseres Volkes Aufstieg. So selbstverständlich es ist, daß die Volksbildungspflege über den politischen Parteien und über den Konfessionen stehen muß und die Pflege der Sonderinteressen dieser Gemeinschaften den besonderen Organen derselben überläßt, wird sie gleichwohl die heute unser Leben bewegenden großen Ideen nicht unbeachtet beiseite stellen dürfen; vor allem aber wird sie mehr als bisher als Selbstzweck zu behandeln sein. Weite Kreise unseres Volkes, auch hier in Lübeck, sind noch viel zu sehr in den abgestandenen Begriffen der Bildungspolitik vergangener Zeit befangen, jener Zeit, in der man glaubte, Bildung mechanisch verbreiten zu können. Es ist auffällig, wie groß auch heute, zweieinhalb Jahre nach der politischen Umwälzung, die uns eine so wichtige Einrichtung wie die Volkshochschule brachte, der Mangel an Verständnis für die große soziale Aufgabe ist, die gerade einen großzügigen planmäßigen Aufbau der gesamten außerschulmäßigen, freien Kultur- und Bildungspflege, die als gleichwertig und gleichwichtig neben die Schule treten muß, gestellt ist. Der Aufruf, den der Vortragende im Jahre 1919 in seiner vielbeachteten Programmschrift „Das Bildungsamt der Großstadt" an die deutschen Städte, als die Hauptträger der freien Bildungspflege richtete, hat in einer Reihe weitblickender Stadtverwaltungen zur Gründung solcher Bildungsämter geführt; die organische planmäßige Zusammenfassung der im wirklichen Sinne bildungspfleglichen Einrichtungen für die der Schule entwachsene Bevölkerung und die außerschulmäßige Jugendpflege sowie die Reform und Umorganisation solcher Einrichtungen, die den neuen Aufgaben nicht gerecht werden, ist ebenso wichtig wie der heute im Vordergrunde stehende Neuaufbau der Schule. Ausgehend von der Idee der Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule und der Bücherei als der beiden Hauptträger der freien Bildungspflege, die in engster Wechselwirkung zu einander stehen müssen, legte der Vortragende die Ziele und Methoden der neuen Bildungspflege dar, die nicht Verbreitung von Brocken oberflächlichen Wissens zur Aufnahme eine Leipziger Allerleis und Darreichung von nicht einwandfreier Unterhaltungsware, sondern Vertiefung in die das Leben bewegenden Probleme, Erkenntnis ihrer Zusammenhänge, Weisung von Wegen zur Selbsthilfe, Erringung einer sicheren Welt- und Lebensanschauung und die Möglichkeit einer planvollen Weiterbildung der Verstandes- und Gemütskräfte bieten müssen. Wir müssen heute in unserer finanziellen und moralischen Not mehr als je fordern, daß aller Kitsch als das von unsern bildungspfleglichen Anstalten hingestellt wird, was er ist, und wir müssen heute mehr als je fordern, daß die Volksbildungsarbeit zweierlei mit allem Ernst beachte: einmal, daß die aufgewandten Mittel ökonomisch verwandt werden — hierfür aber liefere die extensive Arbeit früherer Zeit, die zwar mit statistischen Zahlen aufwarte, aber der intensiven Arbeitsgemeinschaft mit den sie ergänzenden Zweigen der Bildungsarbeit ermangele, keine Gewähr — zum andern, daß die breiten Massen der wirklichen Hilfe zur geistigen Einstellung für alle diejenigen, denen das heiße Verlangen danach in der Seele brennt, bedürfen. Eduard Weitsch nannte jüngst dieses Bedürfnis in seinem gleichnamigen von hohem Idealismus getragenen Buche die „Sozialisierung des Geistes". Mit den Methoden früherer Zeit, mit der bloßen Multiplikation der Summe von Büchern, die eine Bücherhalle z. B. jährlich ausgebe, sei dieses Bedürfnis natürlich nicht zu erfüllen; erst recht dann nicht, wenn der an die Bücher angelegte Wertmaßstab den Kitsch nicht ausschließe. Qualitätsarbeit ist not! Qualitätsarbeit sowohl was den gesamten darzubietenden Stoff wie auch die Intensität der zu leistenden Arbeit und ihre Einstellung auf die gesamte bildungspflegliche Arbeit der Gemeinschaft betrifft. Nicht auf die Fülle des Wissens eines Menschen, sondern auf den Grad der Verarbeitung des Aufgenommenen, die Tiefe des Eindringens komme es an. Wir wollen denkende Menschen, Köpfe! Die Bücherei, vor allem die Volksbücherei, bedarf deshalb der Zusammenarbeit mit der Volkshochschule: beide seien, wenn sie wahre Bildungspflege treiben wollen, auf Gedeih und Verderb auf einander angewiesen. Den Weg zur Selbstbildung zu weisen, sei die jetzt auf eine viel breitere Basis gestellte Stadtbibliothek bestrebt durch die Volkshochschulkurse, die sie als Arbeitsgemeinschaften für Büchereibenutzer und als Vorlesungen über bedeutende Dichter eingeführt habe. Das lebendige

Franzl und Heinl.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

24. Fortsetzung.

Mit gerungenen Händen blieb sie bald vor mir stehen, wollte sprechen und vermochte es nicht, bald wieder, als flößte ich ihr das größte Entsetzen ein, eilte sie hinweg und flog mehr als sie ging durch den ganzen Raum meines Bureaus.

„Mein Gott! mein Gott!" hörten wir sie endlich aus der Tiefe ihrer Seele stöhnen. „Wer hat ihm das Geheimnis verraten, dem schrecklichen Manne?! Schläfrig! Was war ich denn anders als schläfrig und geradezu verdummt? Wo waren denn meine Augen, diese Mutteraugen, von denen man so viel Lob erhebt? Lüge, nichts als Lüge! Während diese sogenannte Mutter zu wachen glaubt, schläft sie mit offenen Augen! Und indessen stiehlt sich eine Fremde bei ihr ein und raubt ihr das Kind und . . ."

Nur allmählich verlangsamten sich ihre stürmischen Schritte und damit auch ihre Aufregung. Sie setzte sich wieder, und indem sie mich starr ansah, sagte sie mit ihrem alten, nun so bekannten Lächeln:

„Wir jüngeren Mütter taugen schon einmal gar nichts. Unsere ganze Erziehung besteht in nichts als in Eitelkeit und nichtsnutzigen Dingen. Mein seliger Vater sprach oft von gewissen Kunstgriffen in seinem Gewerbe. Solche Kunstgriffe haben auch unsere Mütter besessen. Damit sind sie ins Grab gestiegen. Glauben Sie mir das, [illegible] Staatsanwalt!"

Ich glaubte nun mit meinem Verhöre fortfahren zu können:

„Ihr Kind, Frau Wegener, erinnert es sich bisweilen an seinen Vater?"

„O, ja!" antwortete sie rasch. „Vieles in ihm erinnert an ihn."

Ich horchte auf.

„Wie verstehen Sie das?"

Sie schien zu überlegen.

„Er hat denselben unpraktischen Sinn, wie sein Vater, oder wie ich es immer nennen soll."

„Ein Kind und „unpraktisch"! Gehört das nicht dem späteren Leben an?"

„Nein!" sagte sie mit gewichtiger Betonung, „das findet sich [illegible] an, sobald das Kind einigermaßen zur Vernunft erwacht ist!"

„Lassen wir das einstweilen beiseite liegen," sagte ich, wohl [illegible], daß ich ihr nicht die Gelegenheit bieten dürfe, einem [illegible] Gedankenstrome sich zu überlassen, „wie waren die Fortschritte des Knaben in der Schule?"

„Er war stets unter den Ersten seiner Klasse an der Bürgerschule."

„Freuten Sie sich darüber?"

Sie zuckte mit den Achseln. Nach einer Weile meinte sie: „Ich wollte, sie hätten ihn dort unwissend erhalten."

„Ist das wirklich Ihre Meinung?"

„Ja! Für eine Mutter hat der Gedanke etwas Schreckliches, daß sie, die ihrem Kinde das Höchste vorstellen soll, nicht einmal so viel weiß als der schlechteste Bürgerschüler. Kann sie dieses Wissen überwachen? Weiß ich, ob dieses Wissen — und sie machen jetzt gewaltiges Aufhebens damit — sich nicht gegen mich als Mutter kehrt, ob es mich nicht verletzt und kränkt?"

„Verzeihung!" sagte ich. „Das ist etwas krankhaft von Ihnen gedacht."

„Möglich!" sagte sie schwermütig aufatmend. „Wahrscheinlich verstehe ich es nicht besser. Ich spreche eben, wie es mir ums Herz herum ist."

„Meinen Sie, Frau Wegener," rief ich, und vielleicht klang dabei meine Stimme etwas herausfordernder, als es sich dieser Frau gegenüber geziemte, „meinen Sie, daß es der Einfluß der Schule war, der . . . Ihren Sohn auf Abwege geführt hat?"

Sie schüttelte abwehrend den Kopf.

„Er hat niemals einen Kameraden gehabt," sagte sie mit einem Tone der Verachtung, der mir auffiel.

„Er ist also eine verschlossene Natur?"

„Verschlossen? O ja! Verschlossen vor allem gegen seine eigene Mutter, verschlossen gegen alle Welt! Nur gegen eine einzige Person nicht, und das war seine Kameradin, selbst noch ein Kind. Dieses Kind muß alles wissen! Das Kind muß verführt werden, und sei es mit Gewalt!"

„Lassen wir uns Zeit, Frau Wegener," unterbrach ich sie. „Sprachen Sie nicht vorhin auch von der Mutter dieses Mädchens?"

„Ja!" sagte sie, und ich merkte an ihren stürmischen Atemzügen, wie sehr sie diese Frage aufregte. „Nur weiß ich nicht, war das Kind schlechter, oder war es die Mutter?"

Es bedarf wohl für den Kundigen keiner weiteren Andeutung, daß es gerade dieser Punkt war, der von nun an — mochte es mir gelingen, Frau Wegener von ihrem Vorhaben abzubringen, oder mochte ich mich überzeugen, daß der Sache freier Lauf zu lassen sei — gewissermaßen das Angriffsobjekt des ganzen Falles bilden werde. Ich mußte jedoch schon um der gesetzlichen Form zu genügen, früher noch eine Frage an sie richten.

„Wie waren die Fortschritte Ihres Sohnes in der Religion?" fragte ich. „Sind Sie [illegible]?"

„Er weiß seinen Katechismus aus- und inwendig!" entgegnete sie. „Uebrigens habe ich von seinem Katecheten niemals eine Klage über ihn gehört. Ich glaube, er hat alles gelernt, was zu lernen war. — Was will das übrigens bedeuten?"

„Wie verstehen Sie das?"

„Ich meine," sagte sie, mich von der Seite ansehend, fast als wollte sie mich wegen irgend eines Fehlers, den ich begangen haben mochte, strafend zurechtweisen, „ich meine nur, Herr Staatsanwalt, im bloßen Lernen liegt es nicht mehr. Wie oft dachte ich mir, wenn ich meinen Knaben überhörte — und das war nicht stets aus der Religion, sondern auch aus anderem: Wo ist da der Weg zu finden von dem einen zum anderen? Die gehen ja weit auseinander und wollen sich nicht begegnen, wie zwei, die sich nicht leiden können! Und so eine Mutter soll es wissen! Vertraut sich mir das Kind? Ich bin ja dümmer als mein einfältiger Knabe; er hat ja mehr gelernt als ich!"

Niemals werde ich diese Mischung von Hohn und gleichzeitigen Anklängen tiefen Gemütslebens vergessen, die in ihren Worten lag. Es war uns, die wir ihr mit angehaltenem Atem zuhörten, als sei über die Frau, wie sie vor uns saß, eine Wandlung höchst bedeutender Art gekommen. Sie war nicht mehr die Euphemia Wegener, die Fabrikantenwitwe vom „Neubau", die zu uns gekommen war; eine andere, die sich gleichsam über sich selbst erhoben, hatte deren Stelle eingenommen. . . . Eine selbständige Denkerin saß vor uns, und doch war, was wir vernahmen, vielleicht nur das ferne Grollen einer Gedankenschlacht, die zu Hause und in der einsamen Stube wahrscheinlich noch ganz anders wütete . . .

Gleich darauf jedoch, als wollte sie absichtlich jede Illusion in uns zerstören, sagte sie mit einem wegwerfenden Tone, den sie so vortrefflich zu handhaben verstand:

„Es gibt übrigens eine Person, die in dieser Beziehung mehr Bescheid weiß als ich."

„Und die wäre?"

„Das Mädchen!" schrie sie, „das Mädchen Franziska mit dem blonden Haare, seine Kameradin!"

„Jetzt endlich sind wir an den Details, Frau Wegener," sagte ich. „Wir müssen zur Hauptsache gelangen."

Diese Mahnung mochte ihr selber zur rechten Zeit gekommen sein; sie nickte bloß mit dem Kopfe. Und in der Tat — was ihr bis jetzt nicht gelungen war, das gelang ihr jetzt in ebenso schlichter, als überzeugender Weise. Offenbar hatte sie sich das, was sie zunächst bedrückte, vom Herzen heruntergeredet, und das war das Verhältnis der Mutter zu ihrem Kinde.

(Fortsetzung folgt.)

Interesse, dem diese Einrichtung begegne, zeige das Bedürfnis weiter Kreise nach planmäßiger Hinlenkung zu guten Büchern, die ein Katalog nicht bieten könne, und nach der Anleitung zur Selbstorientierung und Selbsthilfe. Das organische Zusammenarbeiten von Bücherei und Volkshochschule, das sich weit stärker noch herausbilden werde, wenn einmal das von dem Vortragenden vor Jahresfrist bereits angeregte Büchereiproblem in Lübeck die bedauerlichen der Neuorganisation entgegengestellten Hemmungen überwunden haben wird, gewährleiste erst den vollen Erfolg, den wir von der Volksbildungspflege heute erwarten und verlangen müssen. Das Landgebiet ging in Lübeck in dieser Beziehung bisher leer aus. Die unmittelbar vor ihrem Abschluß stehende Landeswanderbücherei, die von dem Vortragenden in freiwilliger Arbeit aufgebaut worden ist, und deren Grundstock den Staat noch keinen Pfennig kostet, wird diesem Mangel binnen weniger Wochen abhelfen. Diese aus den Mitteln namhafter privater Geldstiftungen aufgebaute Landbücherei ist eine ausgewählte Sammlung von Werken unserer besten deutschen Schriftsteller; sie ist natürlich mit besonderer Berücksichtigung der Interessen der lübeckischen Landgemeinden vor allem in ihren belehrenden Bücherbeständen zusammengelegt und wird den Landgemeinden Lübecks die vermehrte Möglichkeit der Bildungspflege bringen. Von dem Maße der Einsicht in die Methoden der freien Bildungspflege seitens der Verwalter der Landbüchereistellen werde der bildungspflegliche Erfolg abhängen. Eine ständige Büchereiberatungsstelle bei der Stadtbibliothek, die durch diese Erweiterung ihres Wirkungsfeldes die Aufgaben einer Stadt- und Landesbücherei übernehme, werde dafür sorgen, daß dieser den Landgemeinden dienende neue Zweig des Büchereiwesens zu einem [illegible] Mittel der planmäßigen intensiven Bildungsarbeit werde. [illegible]

Der Eisenbahnetat.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Was bedeuten 226 Milliarden Goldmark?

Eine Schuldsumme in Papiermark von 176400 auf jeden Steuerzahler in Deutschland!

Die Entente forderte in Paris 226 Milliarden Goldmark. Was diese Summe bedeutet, geht aus einer kurzen Berechnung hervor, in welcher dargelegt ist, wie hoch jeder Steuerpflichtige in Deutschland davon betroffen wird.

Die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen im Deutschen Reiche (die nicht mit der Gesamteinwohnerzahl verwechselt werden darf) belief sich im Jahre 1919 ungefähr auf 15 Millionen 377 000 Personen. Wenn nun diese Steuerpflichtigen die von der Entente im Laufe von 42 Jahren geforderte Summe von 226 Milliarden Goldmark auf einmal bezahlen müßten, so käme auf jeden Steuerpflichtigen die Summe von ungefähr 14 700 Goldmark, das sind aber nach dem heutigen Stande des Geldes etwa 176 400 Papiermark. Soviel würde also ein jeder deutscher Steuerzahler der Entente als Ablösungskapital auf 42 Jahre schulden.

Bezüglich der **Zentralisierung der Verwaltung** habe er bereits betont, daß er für eine übertriebene Zentralisierung nie zu haben sei. Dies gelte auch für **Bayern**. Er müsse aber darauf hinweisen, daß vor der Uebernahme der Staatsbahnen durch das Reich gerade in der bayrischen Verwaltung eine sehr starke Zentralisierung in München geschaffen sei. Die einzelnen bayrischen Eisenbahndirektionen seien viel unselbständiger als die preußischen.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaften und Kommunisten. Sonntag tagte in Halle eine Konferenz für den Mitteldeutschen Bergbau. Auf dieser Konferenz wurde auch die fernere Taktik der Gewerkschaften beraten. Scheinbar wurde zu der ferneren Stellung genommen, ob die Gewerkschaften im Sinne der kommunistischen Gewerkschaftspolitik arbeiten sollen, oder im Sinne des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit 170 Stimmen gegen 13 Stimmen wurde beschlossen, sich nicht an der Wirtschaftlichen Räteorganisation zu beteiligen, sondern auf den Grundlagen und Richtlinien des A.D.G.B. weiter zu arbeiten. Dieser Beschluß beweist, daß die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland durchaus nicht so geschlossen hinter der wirtschaftlichen Räteorganisation steht, wie die Kommunisten [illegible] glauben machen möchten. — Am gleichen Sonntag tagte in Halle eine Konferenz der „Wirtschaftlichen Räteorganisation“ für die Mitteldeutschen Bezirke. Auf dieser Konferenz sollten neue Richtlinien festgelegt werden, um die Gewerkschaften zu erobern. In der W.R.O. sind vielfach Personen beschäftigt, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, wie der bekannte Kommunist Höer. Der Kommunist und Führer der W.R.O. [illegible] sagte u. a., daß heute noch in der K.P.D. die meisten Mitglieder nur Papiersoldaten seien, mit denen man nicht die Gewerkschaften erobern könne. Es wurde dann ferner der Beschluß gefaßt, mit allen Mitteln gegen die Gewerkschaften anzukämpfen, um sie für die Zwecke der W.R.O. zu gewinnen.

Reich und Ausland.

Ein Kaplan unter Mordverdacht verhaftet. Vor einigen Tagen ist in der rätselhaften Angelegenheit der Ermordung des Prokurist Rolle und der beiden Töchter der Brasilianerin Frau Jemal, die des Mordes an den drei Unglücklichen verdächtig ist, nunmehr auch der Kaplan Bauer von der St. Godeharde-Kirche in München verhaftet worden, der der Tat verdächtig sein soll. Das Untersuchungsverfahren ist gegen ihn eingeleitet.

Billige Eier und Butter. Im Rottal in Niederbayern fiel die Eierpreise auf 80 Pfg. das Stück gesunken. Butter wird dort von den Bauern zu 9 Mark das Pfund in der Stadt verkauft.

Ein belgischer Skandal. Das Mitglied der Brüsseler Medizinischen Akademie, Maison, Chefarzt der belgischen Gefängnisse, wurde verhaftet, weil sich herausgestellt hat, daß er in zahlreichen Fällen zu hohen Gefängnisstrafen Verurteilten ärztliche Zeugnisse ausgestellt hat, auf Grund deren sie entweder in Freiheit gesetzt wurden oder Erleichterung oder Abkürzung ihrer Strafe erhielten.

Was einem Boxweltmeister passieren kann. Nicht einmal die Boxer sind vor Hochstaplern sicher. Dem berühmten französischen Boxer Georges Carpentier, der in Norwegen, Schweden und Dänemark mit großen Ehren empfangen wurde, ist auf einem seiner Ausgänge in Kopenhagen die Brieftasche mit dem Stockholm, 3000 schwedischen Kronen und 4000 französischen Franck gestohlen worden.

Die Schlafkrankheit in England. Ein Zirkular des Ministeriums für öffentliche Gesundheit besagt, daß im Jahre 1919 in England und Wales 536 Fälle von Schlafkrankheit festgestellt wurden, im Jahre 1920 914, in den ersten Monaten des laufenden Jahres nicht weniger als 402 Fälle. Die Zahl der Sterbefälle betrug im Jahre 1919 [illegible], im Jahre 1920 [illegible].

Schweres Eisenbahnunglück bei Chikago. Bei einem Zugzusammenstoß in der Nähe von Chikago wurden 42 Personen getötet und 100 verwundet.

Großes Erdbeben in China. Wie man aus London meldet, sind bei der Amerikanischen Inlandsmission Meldungen eingetroffen über ein Erdbeben, das sich in Nordwestchina ereignete. Die Provinz Kansu soll hierdurch am meisten gelitten haben. Bei dem Erdbeben sind 40 000 Quadratmeilen in einen Trümmerhaufen verwandelt worden. In einzelnen Orten wurde fast die Hälfte sämtlicher Häuser zerstört. Man nimmt an, daß viele tausend Personen den Tod gefunden haben.

Theater und Musik.

Das 6. Sinfonie-Konzert des Vereins der Musikfreunde stand im Zeichen Anton Bruckners und Wilhelm Furtwänglers. Während das Charakterbild des österreichischen Meisters, der bereits seit einem Vierteljahrhundert der Musikgeschichte angehört, noch immer schwankt — die einen verhimmeln ihn; die andern finden kein Ende, an ihm herumzumäkeln — gehört Wilhelm Furtwängler, den sich der Verein für die Leitung dieses Sinfoniekonzertes verschrieben hatte, zu den Musikdirigenten, die in Lübeck bloß ans Pult zu treten brauchen, um Vorschuß- und Nachschuß-Lorbeeren zu ernten. Schade, daß die Zwischenschuß-Lorbeeren für Sinfoniekonzerte noch nicht erfunden sind, sonst würde wohl auch daran kein Mangel gewesen sein. Aus der Zeit seiner früheren Tätigkeit in Lübeck hat Wilhelm Furtwängler noch einen so großen Kreis von Verehrern, und besonders Verehrerinnen, daß er sich nur zu zeigen braucht und der Beifall prasselt nieder. Es ist wenigstens erfreulich, daß man diese Zuneigung an keinen Unwürdigen verschenkt. Auch ich selbst, der ich Furtwängler zum ersten Male mit dem Stäbchen in der Hand sah, konnte mich dem berückenden Einfluß seiner Ausdeutung der Brucknerschen Musik nicht entziehen. Man fühlte sein inniges Vertrautsein mit der Partitur geradezu handgreiflich. Dieser länglich-lange Mann von weit über Gardegröße, der auf den ersten Blick so ganz und gar nicht musikalisch anmutet, bringt schon nach wenigen Takten dem Zuhörer deutlich zum Bewußtsein, daß er einen Dirigenten von wahrhaft genialer Begabung vor sich hat, der Ausdeuter und Neuschöpfer zugleich ist. Keine Note läßt er unter den Tisch fallen; er hätschelt und tätschelt sie mit gleicher Liebe und bläst ihnen seinen lebensprühenden Odem ein. Dazu hat er Takt, viel Takt im Leibe. So kam es, daß die vier Sätze der Brucknerschen 4. Sinfonie von einem Rhythmus getragen wurden, der zündend und begeisternd wirkte. Es ist die Romantik des Waldes, die Bruckner in seine Sinfonie eingefangen hat. Ein Pantheist geht durch den Wald und drückt die Allgewalt der Natur inbrünstig an seine Brust. Der Wald wird ihm zum Heiligtum, die Natur zur Trösterin. Selbst das Scherzo, das Bruckner fast ganz auf schmetternde Jagdfanfaren eingestellt hat, wird zu einem Hohenlied des Waldes. Deshalb paßte es ausgezeichnet zu Bruckners Waldsinfonie, daß Furtwängler einleitend die Ouvertüre zu Webers „Freischütz“ spielen ließ: denn auch sie singt dem Walde ein Lob- und Preislied. Gewiß, die Farben sind einfacher und schlichter, aber darum nicht minder leuchtkräftig. Furtwängler gab der Ouvertüre eine Ausprägung, die wie eine neue Offenbarung wirkte. Nur von einem habe ich sie bisher noch so vollendet spielen hören: von Karl Pohlig, einem der wenigen noch lebenden Meisterschüler Franz Liszts, mit der Kapelle des Braunschweiger Landestheaters. Der Verein der Musikfreunde hatte sich nicht damit begnügt, nur Furtwängler für das Konzert heranzuziehen, sondern er hatte auch das Orchester ganz wesentlich verstärkt. Das ist gewiß ganz gut gemeint, aber bei so großem Aufwand darf man sich nicht wundern, wenn es schließlich hin und her reicht und man sich immer von neuem mit dem Klingelbeutel an den ohnehin schon armen Vater Staat wenden muß, damit er sein Scherflein beisteuere, das Defizit zu decken. Von sparsamer Wirtschaftsführung ist bei dem Verein der Musikfreunde nichts zu entdecken. Darüber wird man sich wohl einmal an anderer Stelle noch eingehend unterhalten müssen. Ohne Einschränkung darf festgestellt werden, daß das Orchester ganz ausgezeichnet spielte. Vom ersten Geiger bis zum Tubabläser und Pauker beeiferte sich ein jeder sein allerbestes herzugeben. Unser sonst so zugeknöpftes und zurückhaltendes Publikum gab sich denn auch einem Beifall hin, der fast ohne Maß und Ende war. Nebenher fielen für Furtwängler auch noch einige köstliche Blumen ab. -o-.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Lübeck. Carl Schäfer, Obmann, Geverdesstr. 36, III, Kassierer: Carl Te[illegible], Teichstr. 8a. — Monatsprogramm: 9. 3.: Versammlung im Gewerkschaftshaus 7,30. — 13. 3.: Wesloe—Deepenmoor. Treffpunkt 2 Uhr Moltkebrücke. Führer Kreplin. — 20. 3.: Mönkhof—Wulfsdorf—Vorrade. Treffp. 2 Uhr Mühlentorbrücke. Führer Frl. Hümöller. — 25. 3.: Kücknitz—Stülper Huk. Abf. 2,07 Geibelplatz. Führer K. Henze. — 27. 3.: Tageswanderung an der Trave entlang bis Reeke—Heidekamp—Reinfeld. Abf. 7,25 Markt. Führer Mollenhauer. — 28. 3. Wanderung der Tanzgruppe: Schwartau—Riesebusch; dortselbst Spiele. Abf. 2 Uhr Markt. Führer Frl. Hümöller. — 3. 4.: Schwartau—Pansdorfer Heide. Abfahrt 7,4[illegible] Markt. Führer Niemöller. — 5. 4.: Führersitzung. — 7. 4.: Vorstandssitzung. — Jeden Montag 7,30 Zus. im Schulhaus Hüxstr. 6[illegible] — **Gruppe für Volkstänze und Spiele.** Leiter: Paul Seifert, Heimstätten 49. Jeden Freitagabend von 7—9 Uhr: Ueben der Reigentänze in der Turnhalle des Lehrer-Seminars, Langer Lohberg 20. — Für Anfänger von 7,30—8,30. — Für Fortgeschrittene von 8,30—9,45. — **Musikgruppe.** Leiter: Ernst Frahm, Fischergrube 78, im Flügel. — Jeden Sonnabend von 8—10 Ueben (Mandoline und Gitarre) im Abstinenz-Kaffee, Untertrave 10[illegible] — Taubstummengruppe. Leiter: Heinrich Kraus, Parchimstr. 2a [illegible] — Sonnabends und Sonntags 8 Uhr: Zusammenkunft bei Buthmann, Glockengießerstr. 1.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 1. März.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		1. März.	28. Febr.
Holland	100 fl.	2182½	2142½
Kopenhagen	100 Kr.	1115	1182½
Stockholm	100 Kr.	1402½	1406
Kristiania	100 Kr.	1070	1082½
Helsingfors	100 finn. Mk.	172½	175
Schweiz	100 Frs.	1032½	1042½
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	13¾	14
Budapest	100 K.	13¾	13¼
Prag	100 K.	78¾	77½
Spanien	100 Pesetas	867½	872½
London	1 £	242¼	248
Paris	100 Frs.	449	451
Belgien	100 Frs.	469	471
Italien	100 Lire	233	265
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	62⅞	63
do. briefl. Ausz. od. Scheck		62½	63½

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage Std.
Angekommen am 1. März 1921.				
D.	Oscar	Lant	Rostock	1½
Angekommen am 2. März 1921.				
D.	Anders	Johansson	Marstrand	1½
D.	Hebe	Petersen	Kopenhagen	1

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten